

24.10.2024

Experte: Bürgerkrieg im Sudan zwischen 2 antidemokratischen Parteien

Hälfte der über 40 Millionen Menschen braucht humanitäre Hilfe - Baldo: Konflikt am Horn von Afrika hat globale Tragweite

Khartum/Wien (APA) - Als im Vorjahr im Sudan ein bewaffneter Konflikt ausbrach, hieß es zunächst, es gehe um einen Streit zwischen zwei Generälen. Längst ist von einem Bürgerkrieg die Rede, in dem sich die Machtinteressen mehrerer Staaten überlagern und der Leid für 20 Millionen Menschen bringt - abseits der öffentlichen Wahrnehmung. Suliman Baldo von der Anti-Korruptionsorganisation Sudan Transparency and Policy Tracker erläuterte am Donnerstag in Wien gegenüber der APA die Konfliktfelder.

2019 gab es Hoffnung im Sudan. Eine pro-demokratische Bewegung hatte es geschafft, sich gegen den Langzeitdiktator islamistischer Prägung, Omar al-Bashir, durchzusetzen. Doch Armeechef Abdel Fattah al-Burhan bereitete den Hoffnungen ein Ende: Im Herbst 2021 übernahm er per Staatsstreich die Macht. Versuche, nach Burhans Putsch auf den Weg der Demokratie zurückzufinden, scheiterten. Im April 2023 kam es zum Bruch zwischen dem neuen Machthaber und dem General Mohammed Hamdan Daglo, auch "Hemeti" genannt, der die paramilitärischen Rapid Support Forces (RSF) befehligt.

Suleiman Baldo betont gegenüber der APA und anderen Medien: "Es ist viel mehr als ein Krieg zwischen zwei Generälen. Der Krieg hat zahlreiche Ebenen." Eine davon sei, dass das alte Regime um den früheren Diktator Bashir mithilfe der RSF versuche, die Macht zurückzuerlangen. Die RSF seien nämlich gegründet und speziell trainiert worden, um Proteste der Zivilgesellschaft zu zerschlagen.

Bis 2023, als der Konflikt zwischen der Armee unter dem Kommando des aktuellen Machthabers Burhan und den RSF unter Daglos Führung ausbrach, sagt Baldo, seien die beiden Kräfte sogar noch vereint im Kampf gegen die Demokratiebewegung gewesen: "Die Armee und die RSF, die Teil des repressiven Sicherheitsapparats waren, stellten sich gegen jede Reform."

Dennoch nehme das Leid der Zivilbevölkerung jetzt, da Armee und RSF gegeneinander kämpfen, nicht ab. Da die beiden Kriegsparteien "zu ein und demselben Sicherheitsapparat" gehörten, "haben sie die gleiche Denkweise der kollektiven Bestrafung". Sie griffen systematisch Zivilisten in den von ihnen jeweils kontrollierten Gebieten an und vertrieben diese gewaltsam, berichtet Baldo, der auch Berater von Vermittlungsteams im früheren Bürgerkrieg in der nun erneut vom Konflikt betroffenen, westsudanesischen Region Darfur war. Die gewaltsame Vorgangsweise erfolge hierbei durchaus auch nach ethnischen Kriterien.

Die RSF plünderten häufig. "Als sie in den Zentralsudan vordrangen, war die Hauptmotivation der Kämpfer dieser Miliz die Plünderung des Reichtums der Mittelschicht", erzählt Baldo. "Sie gingen von Haus zu Haus, töteten die Bevölkerung und plünderten die Ersparnisse. Im Sudan ist es üblich, dass die Familien ihre Ersparnisse in Form von Goldschmuck für spätere Zeiten aufheben. Sie haben also Gold, aber auch Fahrzeuge geraubt."

Der Bürgerkrieg hat ausländische Staaten auf den Plan gerufen. "Wir haben in den Organisationen der Zivilgesellschaft davor gewarnt, dass dieser Krieg, je länger er dauert, eine ausländische Intervention nach sich ziehen wird", kritisiert Baldo. Nun seien die Vereinigten Arabischen Emirate, der Iran, Ägypten, Russland und in gewisser Weise sogar Äthiopien, der Südsudan und die Ukraine in den Bürgerkrieg involviert.

Russland habe 2017, als noch Bashir regierte, eine Marinestützpunkt am Roten Meer errichten wollen. Die spätere zivile Regierung habe das Vorhaben blockiert. Nun wolle Russland diesen Anspruch geltend machen, indem es die Armee mit Waffen und Technikern unterstützt. Vor dem Krieg habe Russland die RSF ebenso unterstützt. Über die - mittlerweile direkt dem russischen Verteidigungsministerium unterstellte - Söldnertruppe Wagner habe es außerdem finanzielle Interessen. Wagner habe im Sudan mit Gold gehandelt. Infolge der russischen Intervention habe sich auch die Ukraine eingeschaltet, indem sie den RSF Spezialkräfte zur Verfügung gestellt habe.

Der Iran wiederum sei bestrebt, "diesen Krieg im Nahen Osten, auf die Arabische Halbinsel vom Jemen bis zum Roten Meer auszuweiten, und aus dieser Perspektive ist er mit der Armee im Sudan verbündet". Der Iran wolle am Roten Meer Fuß fassen: "Sie wollen in der Lage sein, Saudi-Arabien zu bedrängen, das nur wenige 100 Kilometer vom Sudan entfernt auf der anderen Seite des Roten Meeres liegt. Sie wollen eine Situation schaffen, in der sie den internationalen Handelsverkehr auf dem Roten Meer stören können", vermutet Baldo. Darum habe der Iran seine Beziehungen zur islamistischen Bewegung in der Armee intensiviert und unterstütze diese jetzt durch die Bereitstellung von Drohnen und Waffen. Gerade wegen der Lage am Roten Meer müsse die internationale Staatengemeinschaft auf den Bürgerkrieg im Sudan blicken, mahnt Baldo: "Die ganze Welt sollte besorgt sein, weil es eine Passage für einen hohen Prozentsatz des internationalen Handels ist."

Ägypten stehe an der Seite der Armee, weil es die Unterstützung des Sudan in Streitfragen um einen Nil-Staudamm in Äthiopien wolle. Ägypten stehe zwar in Opposition zu den Muslimbrüdern, die Verbindungen in die Armee hätten, doch es glaube, die Bruderschaft kontrollieren zu können. Auf der Seite der RSF hingegen stünden die Vereinigten Arabischen Emirate, weil sie sich nicht mit der Muslimbruderschaft gut verstünden. Außerdem wollten die Emirate sich als Player in der Region etablieren.

Ägypten unter dem autokratischen Präsidenten Abdel Fattah al-Sisi habe sogar tiefer gehende Verbindungen mit dem Sudan. "Unternehmen, die den sudanesischen Streitkräften gehören, handeln mit Unternehmen, die der ägyptischen Armee gehören, und liefern ihnen landwirtschaftliche Grunderzeugnisse wie Sesam, Gummiarabikum, Öl, Saatgut, aber auch Vieh." Damit sollten die Fleischpreise in Ägypten niedrig gehalten und eine Destabilisierung aufgrund hoher Lebenshaltungskosten verhindert werden. "Die sudanesische Armee dient also im Wesentlichen den Interessen des Sisi-Regimes in Ägypten, und deshalb hat Ägypten ein Interesse daran, die Armee zu erhalten", schlussfolgert Baldo.

Die RSF kontrollieren heute laut Baldo 70 Prozent des Sudan, hauptsächlich den Westen des Landes. Wenn Menschen von dort in von der Armee dominierte Gebiete kämen, seien sie Schikanen durch die Polizei ausgesetzt. Dazu kommt die humanitäre Not: Die Hälfte der insgesamt über 40 Millionen zählenden Bevölkerung des Sudan benötigt "ein gewisses Maß an humanitärer Hilfe, insbesondere in den großen (Flüchtlings)Lagern in Darfur. Dort gibt es Situationen, in denen Kinder im Alter von drei, fünf Jahren verhungern. Es ist das sudanesisches Volk, das den Preis für den Krieg zahlt."

Der Bürgerkrieg im Sudan hat sogar Folgen für den Südsudan, der sich 2011 vom Sudan abgespalten hat. "Der Südsudan ist fast vollständig auf unsere exponierten Pipelines im Sudan angewiesen", meint Baldo, "und diese sind seit Monaten unterbrochen. Der Südsudan ist also nicht mehr in der Lage, Öl zu exportieren, und es besteht die reale Gefahr eines völligen Zusammenbruchs des Südsudan."

"Wir haben also zwei kollabierte Staaten, den Sudan und den Südsudan. Sie können sich vorstellen, welche Verwerfungen das am Horn von Afrika und in Zentralafrika auslösen kann. Dies dürfte wiederum globale Auswirkungen haben und zu einer massiven weltweiten Vertreibung führen, und irreguläre Migration könnte eine Folge davon sein", gibt er zu Bedenken. "Das ist eine Situation, die wirklich nach Aufmerksamkeit verlangt, und wir sollten das nicht akzeptieren. Es wird einfach nicht als das globale Problem erkannt, das es wirklich ist."

(Von Moritz Hell/APA)